

## DEMOS überall



Eindruckvoll zeigt die Karikatur, welche Last G8 für die Schülerinnen und Schüler ist. Und das soll nun auch für die Gesamtschule gelten?

Nicht nur gegen das „Turbo-Abi“ wurde in den letzten Monaten und Wochen demonstriert. Die Bildungspolitik der Landesregierung bietet reichlich Zündstoff für Proteste in anderen Bereichen. In weiteren DEMOs ging es u.a. auch um

- Ø bessere Bedingungen für die Einführung von Gesamtschulen,
- Ø Erhalt der Vollen Halbtagsgrundschule,
- Ø freie und selbstbestimmte Bildung,
- Ø bessere Unterrichtsversorgung.

Sie kamen mit Transparenten, Trillerpfeifen und bunten Kostümen: Schüler, Eltern, Lehrer demonstrierten Protest an vielen Orten des Landes gegen die Schulpolitik der CDU-FDP-Landesregierung.

## Eine Integrierte Gesamtschule (IGS) im Ammerland?



Offensichtlich gibt es im Ammerland mehr Befürworter einer IGS als bisher vermutet. Auch die Politiker wurden von dieser Entwicklung überrascht, wie besonders die Reaktion der Regierungsparteien im Kreistag Ammerland zeigte.

Bei der ersten Veranstaltung in Westerstede Anfang des Jahres waren rund 150 Eltern, Lehrer und anderweitig Interessierte gekommen, um sich zu informieren und das Für und Wider zu diskutieren.

Gerhard Hildebrandt, der Leiter der IGS Wilhelmshaven, informierte zunächst über die Grundlagen einer IGS: Schüler finden optimale Rahmenbedingungen vor. Es gibt keinen Schulwechsel von der fünften bis zur 13. Klasse, und auch die Wahl der Schullaufbahn kann sich individuell formen. Trotzdem bleiben alle Laufbahnen unter einem Dach, und sechs Jahre lang bleiben die Lehrer-Schüler-Teams stabil. Schüler unterschiedlicher Stärke werden in einem Klassenverband gemäß ihren Möglichkeiten beschult.

Dieter Knutz, der Bezirksvorsitzende der GEW, machte deutlich, dass es ein großes Interesse an Gesamtschulen gibt, zumal das Land die Neugründung von IGS'n wieder erlaubt hat und immer mehr Schüler an den regulären Schulen scheitern. Das sei auf Dauer auch wirtschaftlich nicht zu leisten. Eine zu frühe Entscheidung lasse nicht zu,

dass sich das Begabungspotenzial der Schüler entfaltet.

Peter Wolf, Schulleiter der Robert-Danne-mann-Schule Westerstede, unterstützte die Umstrukturierung seiner Schule als IGS. Immer weniger Eltern wollen ihre Kinder auf die Hauptschule schicken, auch bei einem guten pädagogischen Konzept. Die IGS habe genau das, was wir brauchen.

Die Mehrheitsgruppe auf Kreisebene lehnt die Einrichtung einer IGS im Ammerland allerdings ab („Kein Bedarf!“), dazu auch eine Elternbefragung als Grundlage für die Entscheidung.

Der Westersteder Stadtelternrat befürwortet jedoch eine IGS als alternative Schulform, auch wenn die Existenz des Gymnasiums dadurch nicht in Frage gestellt werden soll.

Um ein gesichertes Bild der Elternmeinung zu erhalten und zu erfahren, ob die Eltern eine IGS wünschen oder nicht, hat der Stadtelternrat einen Fragebogen in den Grundschulen und Kindergärten in Westerstede und umzu verteilt. Dies ist ein Weg, um Schulen zu schaffen, an denen sich unsere Kinder wieder wohlfühlen.

In Oldenburg gibt es 2 Gesamtschulen und 5 Gymnasien. In Oldenburg wollen 56,6% der Grundschulleitern ihr Kind an einer Gesamtschule anmelden, nur 26,6% an einem Gymnasium.

## Elternwille beeinflusst Politik! - Wirklich?

### z.B. Westerstede:

Aufgrund seiner Umfrageergebnisse hatte der Stadtelternrat Westerstede einen IGS-Antrag bei der Stadt eingereicht.

Nach einer hitzigen Debatte über die Einführung einer IGS schloss sich der Schulausschuss dem IGS-Antrag des Stadtelternrates überraschend an.

Zunächst hatten Sprecher beider Seiten bekannte Beweisführungen ausgetauscht: SPD, Grüne und Unabhängige hatten die Mehrheitsgruppe immer wieder aufgefordert, die Einrichtung einer IGS zu prüfen. CDU und FDP lehnten dies mit Blick auf die Rechtslage grundsätzlich ab.

Den Ausschlag gab schließlich der Stadtelternrat, der einen modifizierten Antrag einreichte, auch wenn dieser mehr den Argumenten der IGS-Befürworter entsprach. Trotzdem gab es plötzlich eine satte Mehrheit für den Elternwillen.

Damit hatte der Schulausschuss die vom Stadtelternrat Wünsche beschlossen. Sie lauten:

1. Die Stadt Westerstede prüft die Möglichkeit der Einrichtung einer IGS in Westerstede.
2. Die Stadt beantragt beim Landkreis Ammerland die Einrichtung einer IGS in Westerstede im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten (wenn nötig, Übernahme der Schulträgerschaft für die IGS durch den Landkreis).
3. Sollte die Einrichtung einer IGS am Standort Westerstede nicht möglich sein, unterstützt die Stadt die Einrichtung einer IGS an einem anderen geeigneten Standort.

Damit war der Schulausschuss der Absichtserklärung der Eltern gefolgt, die sich gerade in Westerstede bei einer vom Stadtelternrat durchgeführten Umfrage mit großer Mehrheit für ein erweitertes Schulangebot ausgesprochen haben.

### Alles in Ordnung? Keineswegs!

Die Mehrheitsfraktionen im Kreistag missachteten den Westersteder Beschluss und die Forderung der Eltern und lehnten erneut die Einrichtung einer IGS im Ammerland ab.

### z.B. Wiefelstede:

Bei den Vorberatungen zur Schulentwicklung mit führenden Vertretern der Mehrheit im Kreistag und der Kreisverwaltung wurde in „ultimativer Form“ deutlich gemacht, dass für die Gemeinde Wiefelstede im günstigsten Fall eine KGS (Kooperative Gesamtschule) durchsetzbar werden würde.

Umso überraschender war jetzt, dass die grundsätzliche Ablehnung einer IGS im Stadtrat von Westerstede bereits aufgegeben und sogar die Unterstützung der „Einrichtung einer IGS an einem anderen geeigneten Standort“ beschlossen wurde. Weiter sollten wohl auch die Wünsche der Eltern mehr gewertet werden. Dazu hat auch die Kreisverwaltung in einer Kreiselternratssitzung die für eine IGS geforderte Fünzfügigkeit nicht mehr angezweifelt.

So wurde nun der Antrag an den Gemeinderat gestellt, beim Landkreis die Einrichtung einer IGS zu beantragen. Beantragt wurde dabei, nicht „von vornherein“ lediglich den Sek. 1-Bereich (Schuljahre 5 - 10) festgeschrieben wird. Nur so könne sich eine neue Schule in einer Gemeinde mit 15.000 Einwohnern richtig entwickeln und ein eigenständiges Profil aufbauen.

Dazu gehört aber eine ausführliche (neutrale) Öffentlichkeitsarbeit, um die unterschiedlichen Inhalte von kooperativen und integrativen Gesamtschulen deutlich zu machen.

Oberstes Ziel bleibt jedenfalls, mit starker Einbindung der Elternvertretungen (des Elternwillens) die beste bildungspolitische Entscheidung für Wiefelstede und das Ammerland umzusetzen.

### Und das Ergebnis?

Auch für die Schulentwicklung in Wiefelstede setzten sich schließlich doch die Mehrheitsfraktionen im im Kreistag durch: Eine IGS soll es in Wiefelstede und auch im Ammerland nicht geben.

### War's das nun? Hoffentlich nicht!

**Wir dürfen nicht aufhören, uns für eine bessere Schule einzusetzen.**

## Eltern kämpfen für die Volle Halbtagsgrundschule

Im Landkreis Ammerland gibt es im Vergleich zum Rest Niedersachsens besonders viele **Volle Halbtagsgrundschulen (VHG)**. Viele Eltern kämpfen nun zum wiederholten Male um den Erhalt dieser Schulen.

Was unterscheidet nun die **VGH** von den Verlässlichen Grundschulen (**VGS**)? Neben vielen unterschiedlichen pädagogischen Konzepten gibt vor allem einen Grund: Alle Schüler sind jeden Tag den gesamten Vormittag von 8 -13 Uhr in der Hand von Lehrkräften. Diese zusätzliche Zeit dient unterrichtlichen Zwecken – es muss nach 12 Uhr nicht unbedingt Deutsch oder Mathematik sein. Die Zeit kann genutzt werden für Büchereistunden, Projekte, Bewegung oder einfach als Verfügungsstunden für die Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen.

An den **VGS** erhalten die Kinder ebenso Unterricht laut Stundentafel von 8 bis 12 Uhr. Über die Stundentafel hinaus können Kinder

von Pädagogischen Mitarbeitern bis 13 Uhr in der Schule nur betreut werden - nicht unterrichtet!

Jeder Lehrer wünscht sich oft für seine Schützlinge zusätzliche Zeit. Um ihren Erziehungsauftrag erfüllen zu können, haben sich die **VHG** diese Zeit erkämpft. Sie dient pädagogischen und unterrichtlichen Zielen und nicht der Betreuung, damit die Eltern beruhigter arbeiten können.

Diese Stunden müssen von Lehrkräften geleistet werden. Für einen Zug an einer Grundschule kommen zwischen 10 und 20 Stunden zusammen – je nach Konzept. An diese Stunden will die Landesregierung ran. Die Eltern wünschen sich hingegen, dass allen Grundschulen diese zusätzlichen Lehrerstunden zur Verfügung stehen. Ziel ist die Besserstellung aller Schulen, nicht die Verschlechterung einiger.

## Bestandsschutz für die VHS nur noch bis 2010!

Trotz vehementer Proteste von Eltern und Kommunalpolitikern aller Parteien an den betroffenen Standorten werden die noch bestehenden **Vollen Halbtagschulen (VHS)** in Niedersachsen – rund 130 oder 7 % aller Grundschulen – ihren Bestandsschutz im Landesschulgesetz verlieren. Zwar wird der entsprechende Kabinettsbeschluss nicht, wie ursprünglich geplant, bereits zum kommenden Schuljahr, aber spätestens im Sommer 2010 umgesetzt. Dafür sollen diese Schulen allerdings „bevorzugt“ behandelt werden, wenn sie den Ganztagsbetrieb beantragen wollen.

Voraussichtlich noch vor der Sommerpause werden die Regierungsfractionen von FDP und CDU (schon wieder) ein neues Schulgesetzes auf den Weg bringen, das sowohl die Umwandlung der VHS in VGS als auch das Abitur nach zwölf Jahren an den Integrierten Gesamtschulen im Lande betreffen wird. Bei beiden Zielen steht offensichtlich mit im Vordergrund, in Zeiten des Lehrermangels ein paar Lehrerstunden einzusparen.

Dabei wurde die Volle Halbtagschule in verschiedenen Bundesländern – darunter Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt Mecklen-

burg-Vorpommern und eben auch in Niedersachsen - seinerzeit eingeführt, um die Qualität der Grundschulen zu erhöhen. In Bremen und Hamburg gibt es die VHS allerdings nicht mehr.

In Niedersachsen wurde das Modell VHS bereits Ende der 80-er Jahre erprobt und als Kern einer Grundschulreform zu Beginn der 90-er Jahre vorangetrieben. Der flächen-deckende Ausbau dieser Schulform, die von ca. 8.00 bis 13.00 Uhr die ausschließliche Betreuung durch Lehrerinnen / Lehrer vor-sieht, wurde trotzdem schon bald nach Einrichtung der VGS nicht weiter ausgebaut.



Die zeitweise bis zu 271 VHS verfügten über rund 17 Prozent mehr Lehrerstunden als normale Grundschulen, was u.a. der Landesrechnungshof bemängelt hatte - eine Organisation, die die Qualität der Schule nicht bedenken muss, und wohl auch nicht hat.

Mit der Einführung der VGS als Regelschule sind in Niedersachsen mittlerweile flächendeckend fünf Zeitstunden Betreuung in

der Schule garantiert, während manche VHS trotz besserer Ausstattung nur vier bis viereinhalb Stunden (aber Lehrerstunden!) anbieten.

Die VGS erhalten eine Vertretungsreserve von fünf Prozent, die aber nicht wie bei den VHS in Lehrerstellen, sondern als Budget gewährt wird, aus dem pädagogische Honorarkräfte bezahlt werden können.

## Verlässliche Grundschule – live!

Jede Verlässliche Grundschule (VGS) bekommt pro Schuljahr ein Budget zur Sicherung des Betreuungsangebotes - für die 1. und 2. Klassen von 12 – 13 Uhr - und für eine Vertretungsreserve. Das Budget errechnet sich aus der Gesamtzahl der Schüler/innen der Grundschule und nicht am tatsächlichen Betreuungsbedarf der einzelnen Schule.

Betreuung und Vertretung werden an der VGS von pädagogischen Honorarkräften übernommen. Dieser Einsatz von Vertretungslehrkräften im Krankheitsfall einer Lehrkraft wird von Kolleginnen und Kollegen oft als entlastend empfunden, weil die Kollegien der VGS so überwiegend von Klassenaufteilungen, Plusstunden durch Vertretungsunterricht usw. verschont werden - wenn das Budget für Vertretungsunterricht ausreicht.

In der Praxis kann eine VGS aber schnell an ihre Grenzen stoßen, wie das folgende Beispiel einer Ammerländer Grundschule zeigt: An dieser VGS z.B. nehmen zur Zeit 55% und mehr Kinder der ersten und zweiten Klassen das Angebot der Betreuung wahr. Die Betreuungsgruppen überschreiten dadurch mittlerweile die angeratene Größe von 20 Kindern und erschweren somit eine sinnvolle Arbeit der pädagogischen Mit

arbeiter/innen.

Die Sicherung der Betreuung hat Vorrang vor der Sicherung des Vertretungsunterrichtes durch Honorarkräfte. Da an dieser Schule in diesem Schuljahr zusätzlich ein ungewöhnlich hohes Lehrerfehl abgedeckt werden muss, müssen die Vertretungskräfte über ihren Vertrag hinaus im Einsatz sein. Hinzu kommt der auch an anderen Schulen üblichen Vertretungseinsatz von Kolleginnen/Kollegen mit übermäßig viele Plusstunden, doppelter Klassenbetreuung .... Unterricht darf eine VGS ja nicht ausfallen lassen.

Anträge auf Erhöhung des Budgets sind von der Schulbehörde laut MK mit sehr strengen Maßstäben zu bearbeiten. Die genannte VGS bekommt deshalb vorerst eben keine Erhöhung.

Solche Arbeitsbedingungen erschweren gute pädagogische Arbeit an den VGS und führen zu zusätzlichen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen. In den ersten zwei Schuljahren steht der VGS ohnehin nur vier Unterrichtsstunden pro Tag für Erziehungsarbeit und die Vermittlung von Unterrichtsstoff zur Verfügung.

Wie verlässlich kann die Verlässliche Grundschule unter diesen Bedingungen für Kinder, Eltern und Kollegien sein - neben den fünf garantierten Zeitstunden für Betreuung?

... und was bedeutet das?

**Bildung geht baden!**



# Kurzmeldungen aus der Politik

## Schulgesetznovelle

Die Regierungsfractionen von CDU und FDP haben die Novelle zum Schulgesetz einstimmig beschlossen und werden sie in der noch vor der Sommerpause einbringen.

Damit soll das umstrittene Abitur nach zwölf Jahren an den **IGS** endgültig festgelegt werden. Der langsamere Weg zum Abitur soll dagegen erhalten bleiben, damit IGS-Schüler, die nach der 10. Klasse den erweiterten Sek I-Abschluss erworben haben, zum Besuch der gymnasialen Oberstufe berechtigt werden – ebenso wie Haupt- und Realschüler.

**Hauptschulen** sollen stärker auf die berufliche Bildung ausgerichtet werden, u.a. durch Kooperationen mit berufsbildenden Schulen, Betrieben und anderen Partnern.

**Realschulen** sollen neben dem fremdsprachlichen Schwerpunkt ein berufsorientiertes Profil anbieten, das den Eintritt in die duale Ausbildung bzw. den Übergang in die Fachoberschulen und -gymnasium verbessert.

**Grundschulen** sollen landesweit „Verlässliche Grundschulen“ werden. Die Vollen Halbtagschulen sollen künftig ebenfalls „verlässlich“ sein, d.h. es wird ein mindestens fünf Zeitstunden umfassendes Schulangebot sichergestellt. Ziel ist es, die Grundschulen zu Ganztagschulen auszubauen.

Die Novelle soll 2010/2011 in Kraft treten.

Es hat sich jedoch jetzt schon eine eindrucksvolle Protestbewegung gegen die Schulgesetznovelle entwickelt.

## Teilzeitverträge

Das Kultusministerium hat gemeldet, dass sich von insgesamt mehr als 8.000 Anträgen von Lehrkräften auf Teilzeitbeschäftigung, die nicht familiär begründet sind, etwa 200 (ca. 2,5%) noch im Personalverfahren befinden. Dabei handele es sich um solche Fälle, wo dem Antrag nur teilweise entsprochen worden war und der jeweilige Antragsteller damit nicht einverstanden war. Hier wird jetzt gemeinsam mit dem Personalrat nach Lösungen gesucht. Komplet abgelehnt worden war nach Aussagen aus dem MK kein Teilzeitantrag.

*(Die Personalvertretungen sehen diese Zahlen als falsch an und erwarten harte Auseinandersetzungen.)*

## Arbeitszeitverordnung für Lehrer

Die neue Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte ist vom Kabinett beschlossen worden. Sie tritt zum neuen Schuljahr in Kraft. Ziel ist die Sicherung der Unterrichtsversorgung in den kommenden zwei Jahren. In dieser Zeit die müssen die Auswirkungen des verpflichtenden Arbeitszeitkontos bewältigen werden der erhöhte Lehrerbedarf durch das ABI nach zwölf Jahren, wodurch zwei Jahrgänge parallel das Abitur ansteuern. Die Verordnung gliedert sich in vier Bereiche:

1. Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen, die zum 01.08.2009 in die Altersteilzeit wechseln, können auf Antrag das „Blockmodell“ wählen. Das gilt unter bestimmten Voraussetzungen auch für Gymnasiallehrer, die bereits im Teilzeitmodell oder altersteilzeitbeschäftigt sind. Sie können bis zum 01.02.2010 in das Blockmodell wechseln, auch wenn die verbleibende Dauer der Altersteilzeit nur noch sechs und nicht acht Schulhalbjahre umfasst. Damit wurde einem Vorschlag von Gewerkschaften entsprochen.
2. Lehrern wird ein freiwilliges Arbeitszeitkonto auf Antrag auch dann bewilligt, wenn für die jeweilige Schulform die Erteilung verpflichtender Arbeitszeitkontostunden ausgelaufen ist. Dazu wird der Höchstzeitraum für die Bewilligung eines freiwilligen Arbeitszeitkontos von zehn auf zwölf Jahre ausgeweitet.
3. Die Gewährung der Schwerbehindertenermäßigung für Lehrkräfte in Altersteilzeit soll künftig an der Unterrichtsverpflichtung ausgerichtet werden. Schwerbehinderten Lehrkräften in Altersteilzeit im Blockmodell wird danach grundsätzlich volle Ermäßigung gewährt.
4. Die Anrechnungsstunden für Lehrer zur freien und flexiblen Vergabe durch die Schulleitung werden für die kommenden zwei Jahre reduziert.  
*(Hier wird wieder auf Kosten der Schule und der Lehrkräfte gespart.)*

*Guter Rat ist wirklich teuer – vor allem, wenn man sich danach richtet.*

## Kurzmeldungen

### Hau-Ruck-Aktion

„Der Landeselternrat Niedersachsen ist vom Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zur Änderung des Schulgesetzes maßlos enttäuscht. Wieder einmal wird versäumt, Weichen für die Zukunft der niedersächsischen Bildungspolitik zu stellen. (...) Das Turbo-Abi an Integrierten Gesamtschulen ist der Dolchstoß für deren pädagogischen Ansatz. Nach der Aufhebung des Errichtungsverbotes für die Gesamtschulen musste die Landesregierung feststellen, dass eine unerwartet große Zahl von Eltern ihre Kinder an Gesamtschulen schicken will. Jetzt soll diesen Schulen durch die Hintertür in einer Hau-Ruck-Aktion der Strom abgedreht werden.“

*Pascal Zimmer, Vorsitzender des Landeselternrats*

### Überlastung der Schulleiter

Die strukturellen Veränderungen des niedersächsischen Schulwesens in den vergangenen Jahren führen u.a. auch zu vermehrten Belastungsanzeigen von SchulleiterInnen. Das MK hat zugegeben, dass es vor allem GrundschulleiterInnen seien, die durch neue Verwaltungsaufgaben überfordert werden.

Von insgesamt 123 Überlastungsanzeigen aus den Schulen im Jahr 2007 kamen allein 90 aus den Grundschulen, in der Regel durch hohe Unterrichtsverpflichtung und erhebliche zeitliche Belastungen durch vermehrte Verwaltungsaufgaben im Rahmen der Eigenverantwortlichen Schule.

Aus dem MK kam dazu die (intrigante) Empfehlung an die kleinen Schulen, Schulverbände zu bilden und dabei eine verbindliche Zusammenarbeit in pädagogischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Bereichen zu vereinbaren.

**„Nicht Auslese, sondern Förderung muss als oberstes pädagogisches Prinzip gelten“, fordert der Erziehungswissenschaftler Jörg Ziegenspeck, Professor am Institut für Erlebnispädagogik im Lüneburg. Der Politik warf er vor, soziale Schichten stabil halten zu wollen.**

### DGB-Senioren-Arbeitskreise

Wie berichtet gibt es seit einigen Jahren Senioren-Arbeitskreise (AK) auf Landesebene und bei uns auch in der DGB-Region Oldenburg-Wilhelmshaven.

Diese Arbeitskreise haben große Bedeutung auch für die Vertretung der Seniorinnen/Senioren, weil der DGB die Vertretung der Senioren immer vernachlässigt hat und weiter nicht angemessen unterstützt.

Für die Region Oldenburg-Wilhelmshaven ist eine **Informations- und Diskussionsveranstaltung** geplant für

**Montag, 22. Juni 2009 um 10:00 Uhr in Oldenburg, Stadthotel, Hauptstr. 36–40 zum Thema**

### Sozialpolitik aus Sicht der älteren Generation

#### Parteien stellen sich zur Wahl

Auch alle GEW-Mitglieder, vor allen die SeniorInnen sind herzlich eingeladen.

Wer Interesse an der Mitarbeit im Arbeitskreis Oldenburg-Wilhelmshaven hat, melde sich bitte beim Sprecher der Fachgruppe Senioren:  
Erwin Meyer, ☎ 04488 / 4137

**eMail: [GEW-emw@gmx.net](mailto:GEW-emw@gmx.net)**

### Personalräteschulung

Unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Dieter Knutz fand am 14. Mai im Sonnenhof in Westerstede-Hüllstede erneut eine Personalräteschulung statt. Die aktuellen Probleme im Schulalltag wurden dabei zielgerichtet erörtert und Lösungsmöglichkeiten für Personalratsmitglieder aufgezeigt.

Diese Art der Schulung dient neben dem Erfahrungsaustausch auch als Forum für aktuelle Informationen, denn unsere Kultusbehörde überrascht uns alle immer wieder mit neuen Dingen – häufig zum Nachteil der Beschäftigten (z.B. Neuregelung der Probezeit für Beamte).

*Was man nicht ändern kann,  
das muss man mögen.*  
*Jüdisches Sprichwort*

## Vorstandssitzungen

Die nächsten Sitzungen sind geplant für

Mittwoch, 10. Juni 2009

Mittwoch, 09. September 2009

Vorstandssitzungen finden jeweils

**16.30 - 18.30 Uhr**

im „Gesundbrunnen“ in Helle statt.

Sie sind offen für alle Mitglieder.

## Weitere Termine

### Bezirksdelegiertenkonferenz:

16. Juni 2009 in Bersenbrück

### Bezirks-Fachgruppentag:

10. Sept. 2009 in Westerstede

### Landesdelegiertenkonferenz:

28. - 29. Sept. 2009 in Hannover

### Bildungsstreik-Woche

vor den Sommerferien:

Bildungsstreiktag 17. Juni

an mehreren Orten und an Unis

## Die Landesregierung will die Integrierten Gesamtschulen (IGS) in Niedersachsen zerstören

Elternverband für Gesamtschulen

Niedersachsen (evgn)

## INTERNET:

[www.gewweserems.de](http://www.gewweserems.de)

[www.gew-ammerland.de](http://www.gew-ammerland.de)

## Übrigens:

Auch das Ammerland-INFO braucht aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mithelfen, diese GEW-Informationen zu erhalten, zu verbessern und vor allem immer aktuell zu gestalten.

Wer das Ammerland-INFO (aus welchen Gründen auch immer) doppelt erhält, sollte die Gelegenheit nutzen und damit für die GEW werben.

## „Der zerbrochene Krug“

Der Schulrat erscheint bei einer achten Klasse im Deutschunterricht. Er begrüßt den Klassenlehrer ganz freundlich, und die beiden Herren unterhalten sich zunächst über den Ablauf der Unterrichtsüberprüfung.

Dann ruft der Schulrat den ersten Schüler auf. Es ist der Max aus der letzten Reihe. „Na, Max, was kannst du mir denn von dem »zerbrochenen Krug« erzählen?“

Der Max hat ein gutes Gewissen, und antwortet: „Ich war es bestimmt nicht, Herr Schulrat!“

Der wendet sich empört zum Lehrer. „Was sagen Sie dazu, das ist ja ungeheuerlich, will das Kind sich etwa über mich lustig machen?“

Der Lehrer schwankt: „Ein kleiner Lümmel ist er schon, der Max, aber er lügt nie. Wenn er sagt, er war es nicht, dann war er es nicht.“

Der Schulrat eilt zum Rektor, dem ist die Geschichte sehr peinlich.

„Herr Schulrat, ich möchte nicht, dass deswegen etwas an unserer Schule hängen bleibt. Was kann der Krug gekostet haben? - Wenn ich Ihnen 10 EURO gebe, ist der Fall dann erledigt?“

Der Schulrat ist ganz entsetzt über diese Anmaßung. Er fährt sofort wieder zurück zum Kultusministerium und trägt den Vorfall dem Staatssekretär vor.

Der schüttelt nur den Kopf und meint: „Also, wenn Sie mich fragen, würde ich sagen, dass es der Rektor war. So ohne Grund hätte der bestimmt nicht sofort die 10 EURO gezahlt.“

*(Hat das Qualitätsmanagement hier etwa sogar im MK versagt?)*

## IMPRESSUM:

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, Kreisverband Ammerland**

Vorsitzender: Hermann Abels, Dohlenweg 4, 26835 Hesel, ( 04950/1774, eMail: [Hermann-Abels@t-online.de](mailto:Hermann-Abels@t-online.de)

Mitarbeit: H. Abels, A. Bessen, E. Meyer, I. Wurm

eMail der Redaktion: [GEW-emw@gmx.net](mailto:GEW-emw@gmx.net)